



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vollständige und nachhaltige Sanierung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“ durch den Betreiber ENGIE E&P Deutschland GmbH

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/1316**

Der Landtag wolle beschließen:

Lösung zur abschließenden Stilllegung der „Bohrschlammdeponie Brüchau“

1. Der Landtag unterstützt die Bemühungen und Anstrengungen der Landesregierung für eine sachgerechte Lösung zur abschließenden Stilllegung der „Deponie Brüchau“ und begrüßt die Einbindung aller vor Ort Beteiligten. Ziel des öffentlichen Beteiligungsprozesses muss sein, dass an dessen Ende unter Offenlegung und Beantwortung aller ungeklärten Aspekte eine nachvollziehbare und belastbare technische Variante präsentiert wird, die für jetzt und für die Zukunft die einschlägigen Sorgen der Einwohnerschaft des Ortsteils Brüchau und der Umgebung, die im Kontext mit der Deponie stehen, ausräumt.
2. Der Landtag erwartet ein ordnungsgemäßes Verfahren zur abschließenden Stilllegung der „Deponie Brüchau“, eingeschlossen der Frage der Belastungen. Er geht davon aus, dass im Zuge der Aufstellung des Abschlussbetriebsplans die möglichen Varianten der Stilllegung ergebnisoffen geprüft werden.
3. Der Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen und der Schutz der Umwelt und des Grundwassers müssen bei der Stilllegung maßgeblich sein.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung auch weiterhin um kontinuierliche Information des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung über den weiteren Fortgang des Verfahrens.

Begründung

Zum 30. April 2012 erfolgte die Beendigung des Deponiebetriebes Brüchau. Daran schloss sich die Planung von Stilllegungsmaßnahmen an. Die abschließende Stilllegung der Deponie Brüchau wird durch einen vom Bergbauunternehmen ENGIE E&P Deutschland GmbH aufzustellenden und vom Landesamt für Geologie und Bergbau (LAGB), zuzulassenden Abschlussbetriebsplan auf der Grundlage des Bundesberggesetzes i. V. mit der Allgemeinen Bundesbergverordnung erfolgen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung hat sich in der Vergangenheit bereits mehrfach mit der Problematik beschäftigt und sich von der Landesregierung zu den rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen zur Deponie Brüchau berichten lassen. Darüber hinaus hatte die Bürgerinitiative Saubere Umwelt und Energie Altmark am 16. Februar 2017 im Landtagsausschuss Gelegenheit ihre Besorgnisse bezüglich der Deponie vorzutragen. Es ist bereits im Ausschuss vereinbart, ein Gespräch mit ENGIE E&P Deutschland GmbH in der nächsten Sitzung zu führen.

Die Landesregierung führte wiederholt Informationsveranstaltungen vor Ort durch. Bereits am 22. September 2016 wurde unter Beteiligung von Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (MW), des LAGB und der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) der Öffentlichkeit das Untersuchungskonzept sowie das weitere Vorgehen vorgestellt und vor Ort diskutiert. Im April 2017 fand ein weiteres Gespräch vor Ort statt mit Beteiligung des MW, den örtlichen Landtagsabgeordneten, dem LAGB, der LAF, des Landesamtes für Verbraucherschutz, Vertretern des Altmarkkreises Salzwedel, dem Bürgermeister, Ortschaftsräten und Mitgliedern der Bürgerinitiative. Es wurde ein Folgegespräch vereinbart und einmal jährlich soll die interessierte Öffentlichkeit über den Fortgang des Verfahrens informiert werden.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN